

19. Berliner Colloquium zur Zeitgeschichte

The Second Founding of the United States, 1937-1947

Konzept: Bernd Greiner (Hamburger Institut für Sozialforschung) und Susan Neiman (Einstein Forum, Potsdam)

Konferenzsprache: Englisch

24. und 25. April 2015

Im Gespräch

Berliner Colloquien zur Zeitgeschichte: Das „lange Jahrzehnt“ zwischen 1937 und 1947 als eine Phase der „Neugründung“ der USA zu bezeichnen, ist auf den ersten Blick überraschend. Welche Hypothese steckt dahinter?

Es geht im Grunde darum, die gängige Lesart zu hinterfragen, der zufolge substantielle Veränderungen in Politik und Gesellschaft erst durch den Kalten Krieg auf den Weg gebracht wurden. Zwar gibt es keinen Grund, die nachhaltige Bedeutung des Kalten Krieges kleinzureden. Aber um einer Schärfung der historischen Perspektive willen sollte man gerade den „New Deal“ und die Präsidentschaft Franklin D. Roosevelts in den Blick nehmen – bereits in dieser Zeit wurden Akzente gesetzt, die in den folgenden Jahren erhebliche Weiterungen nach sich ziehen sollten. Eine zwangsläufige Entwicklung ist damit nicht gemeint. Wohl aber wurden Voraussetzungen für einen Richtungswechsel geschaffen, der das Große und Ganze auf ein neues Fundament stellte.

Worin genau unterscheidet sich der „Anfangspunkt“ 1937 vom „Endpunkt“ 1947?

Die Wahl dieser Eckdaten ist zwar nicht willkürlich, aber mit der Eingrenzung auf ein Jahrzehnt doch in gewisser Weise pragmatisch. Man hätte mit ähnlich guten Gründen auch 1933 und 1948 wählen können, oder 1938 und 1951. Warum also diese Daten? 1937 schienen amerikanische Gewerkschaften endlich in der Moderne angekommen. Der kurz zuvor verabschiedete „Wagner Act“ sicherte ihnen Rechte, die in Europa seit Ende des 19. Jahrhunderts gang und gäbe waren, etwa das Recht auf freien Zusammenschluss und kollektive Interessenvertretung, auch für ungelernete Arbeiter. Zehn Jahre später hatten neue Gesetze diese Zugeständnisse schon wieder relativiert. Ein zweites Beispiel: 1938 scheiterte im Kongress ganz knapp ein Antrag, demzufolge alle Wahlbürger in einem Referendum über die Frage eines Kriegseintritts hätten abstimmen müssen. Der

1947 verabschiedete „National Security Act“ zeigt, dass von diesem basisdemokratischen Impuls nichts mehr übrig geblieben war. Mit dem neuen Gesetz wurde selbst das Mitspracherecht des Kongresses über Krieg und Frieden erheblich relativiert.

Nun ließe sich einwenden, dass mit der Einschränkung von Gewerkschaftsrechten keine „Neugründung“ verbunden war, sondern dass damit für die USA durchaus normale Verhältnisse wiederhergestellt wurden. So gesehen wäre das „New Deal“-Gesetz eine Ausnahme von der Regel gewesen.

Damit sprechen Sie tatsächlich einen Punkt an, über den man mit gutem Grund lange diskutieren kann und sollte. In unserem Zusammenhang scheint mir allerdings etwas Anderes wichtiger: die Frage nämlich, wie die erwähnte Einschränkung des „Wagner Act“ begründet wurde. Verwiesen wurde in erster Linie auf Probleme der „nationalen Sicherheit“ – mit einer Argumentation, die sich wie folgt zusammenfassen lässt: Konflikte in der Arbeitswelt beeinträchtigen die „soziale Sicherheit“ des Landes und folglich auch die „nationale Sicherheit“, weil in es in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Demokratien und totalitären Diktaturen keinen Unterschied mehr gibt zwischen Innen- und Außenpolitik. Und damit sind wir beim Kernthema unseres Colloquiums: Warum das Thema „national security“ im Diskurs über Politik und Gesellschaft nicht allein aufgewertet wurde, sondern wie es kam, dass „Sicherheitsfragen“ das Nachdenken über Gesellschaft und die Wahl zwischen politischen Optionen in der Folge gerade dominierten. Warum also „Sicherheit“ zu einer Obsession wurde. Und warum diese Obsession ausgerechnet in einer Zeit um sich griff, als die USA auf dem Höhepunkt ihrer Macht waren, während ihre Partner und Konkurrenten unter den Folgen des Weltkriegs ächzten.

Wie wurde im Laufe des Colloquiums über diese Fragen diskutiert? Welche Überlegungen standen im Mittelpunkt?

Zwei Ideen wurden überraschenderweise nur gestreift: dass die amerikanische Meistererzählung, das Selbstbild von der „auserwählten Nation“ also, für Verwundbarkeitsphantasien besonders anfällig ist. Und dass Präsident Roosevelt unbeabsichtigt das Unsicherheitsempfinden stärkte, indem er die Herstellung „totaler Sicherheit“ in Aussicht stellte. Stattdessen wurde ausführlich über den beschränkten Handlungsspielraum Roosevelts diskutiert, über den Umstand, dass

nicht er und seine Unterstützer Herr über die politische Agenda waren, sondern seine konservativen Gegner.

... *eine mutige These.*

Vielleicht. Andererseits kann man es ja auch mit Jean Paul halten: Warum sich lange mit alten und ausgelaugten Interpretationen aufhalten? Warum nicht einmal kräftig durchlüften? In diesem Fall ging es um eine Beobachtung, von der man sich wundert, dass sie derart lange übersehen wurde. Oder zumindest nicht in ihrer ganzen Tragweite erfasst wurde. Gemeint ist, dass Roosevelt von einer „Vetomacht“ im Kongress abhängig war, von einer Negativkoalition aus konservativen Demokraten, den so genannten „Dixiecrats“, und Republikanern. Was diese Koalition zusammenhielt, war Angst – die Angst, dass das Apartheidregime in den Südstaaten destabilisiert werden könnte und die Angst vor Kommunisten im Inneren und Äußeren. Von dieser Seite kamen wesentliche Impulse für den Aufbau eines wehrhaften Sicherheitsstaates. Es wurden Angst- und Drohkulissen aufgebaut, die mit der Realität wenig, aber viel mit Ohnmachtsphantasien zu tun hatten. Und mit der Neigung, die Welt nur durch die Brille des „worst case“, der größten vorstellbaren Katastrophe, zu sehen.

Und warum konnte diese „Negativkoalition“ die politische Agenda nachhaltig beeinflussen? Welche Erklärungen kamen zur Sprache?

Die Bereitschaft der „New Deal“-Liberalen, sich politisch erpressen zu lassen – dieser Aspekt wurde besonders betont. Im Grunde ging es um eine Mischung aus Opportunismus, fehlendem Selbstvertrauen und tatsächlich engen Bewegungsspielräumen. Jedenfalls zeichnete sich bereits vor Kriegsende ein klar konturiertes politisches Zukunftsprogramm ab: wohlfahrtsstaatlicher Minimalismus im Inneren, militärische Übermacht im Äußeren.

Trotzdem hätten die Dinge einen anderen Verlauf nehmen können. Roosevelt jedenfalls hatte dezidierte Vorstellungen für die Zeit nach dem Krieg, sein Stellvertreter Henry Wallace erst Recht. Es ging um Visionen einer „One World“, einer kooperativen Politik, die in der UdSSR und in China eher Partner als Feinde sah. Ein „nationaler Sicherheitsstaat“ und ein Kalter Krieg kamen in ihren politischen Überlegungen jedenfalls nicht vor.

Stimmt. Und einige Teilnehmer legten großen Wert auf die Feststellung, dass ein Gespann Roosevelt-Wallace seine Ideen auch hätte umsetzen können. Aber dieses

Argument beruht natürlich auf kontrafaktischen Annahmen. Diese ließen sich auch folgendermaßen ausmalen: Selbst wenn Wallace 1944 noch einmal zum Vizepräsidenten nominiert worden wäre und nach Roosevelts Tod im April 1945 dessen Nachfolge angetreten hätte – sich gegen die Zeitenwende des Jahres 1945 zu stemmen, wäre auch ihm schwer gefallen.

Was heißt Zeitenwende 1945? Bisber klang es doch eher so, als wäre seit 1945 eine nahezu eigendynamische, in jedem Fall schwer zu korrigierende Entwicklung aufs Gleis gesetzt worden.

Noch einmal: Sicherheitsphantasien schossen weit vor 1945 ins Kraut, auch Konzepte zur Herstellung von „totaler Sicherheit“ hatten Konjunktur. Aber damit ist noch lange nicht gesagt, dass es keine Korrekturen oder Brüche hätte geben können. Der Gang in den „nationalen Sicherheitsstaat“ war nicht zwangsläufig. Etwas Weiteres musste hinzukommen – die Atombombe nämlich. Die bloße Vorstellung, dass die Sowjetunion oder andere Staaten in den Besitz dieser Waffe kommen könnten, war politisches Doping für die Vertreter einer „Politik der Stärke“ und eines zur Übermacht gerüsteten Staates. Und im Inneren sorgten reale oder phantasierte Atomspione für eine kollektive Hysterie – ihretwegen wurde eine Loyalitäts- und Einschüchterungskampagne begonnen. Und zwar Jahre bevor Joseph McCarthy und seine politischen Bluthunde die Bühne betraten. Die Angst wirkte wie ein lähmendes Gift, sie ließ alle verstummen, die noch an Alternativen glaubten. Oder sie verstellte schlicht den Blick auf das Wesentliche. Ein Teilnehmer wies darauf hin, dass die liberale Zeitschrift „Partisan Review“ 1952 ein Sonderheft zum Zustand amerikanischer Politik herausbrachte – ohne den Koreakrieg auch nur mit einem Wort zu erwähnen!

Diese Interpretation einer atomaren Zeitenwende wurde in der Diskussion mehrheitlich geteilt?

Im Grunde ja. Insbesondere deshalb, weil die Roosevelt-Liberalen in erstaunlich kurzer Zeit sich in „Cold War Liberals“ verwandelten und die Maximen von Hochrüstung, Eindämmung und Blockbildung nicht nur akzeptierten, sondern als der Weisheit letzten Schluss anpriesen. Und aus ihren Reihen wurden nicht zufällig auch viele „Defense Intellectuals“ rekrutiert, die einem militärisch verengten Denken über Jahrzehnte den Takt vorgeben sollten.

Wurde eingehender über Rolle und Funktion dieser „Defense Intellectuals“ gesprochen?

Leider nein. Aber zumindest wurde deutlich, dass Historiker bei diesem Thema aus ihrem Winterschlaf erwachen sollten. Die letzte umfassende Studie wurde Anfang der 1980er Jahre publiziert, die „Wizards of Armageddon“ von Fred Kaplan. Politikwissenschaftler und Soziologen wären im Übrigen auch gut beraten, sich auf diesem Feld zu bewegen – schließlich wurden die Vorstellungen über Gesellschaft und Politik durch die Wirkungsmacht von „Defense Intellectuals“ und ihrer akademischen Heimstätten nachhaltiger beeinflusst als durch viele andere vermeintliche Großtheoretiker, die ewig als Referenz erhalten müssen.

Zurück zum Thema „Neugründung“: Ist dieser Begriff nicht allzu wichtig – auch dann, wenn man im Aufbau des „nationalen Sicherheitsstaats“ eine Wende sieht?

Auch darüber ließe sich trefflich streiten. Andererseits sollte man nicht vergessen, welche Traditionslinien gekappt wurden. Hatten Intellektuelle und Publizisten aus dem „mainstream“ in der ersten Jahrhunderthälfte noch vor einer Aushöhlung demokratischer Fundamente durch wuchernde Sicherheitsapparate gewarnt, so finden sich ihre Argumente seither nur noch in Nischen. Im Grunde zahlt Amerika bis heute den Preis einer inflationären Angst. Wir haben es mit einer Gesellschaft zu tun, der die Maßstäbe abhandengekommen sind, zwischen Risiko, Bedrohung und Gefahr zu unterscheiden – seit nunmehr fast 80 Jahren. So gesehen ist ein markanter Begriff wie „Neugründung“ durchaus am Platze.